

Stoßrichtung" bilden. Statt Hoheitsverwaltung eines gesetzlichen Programmauftrages müsse eine moderne Unternehmenskultur im Sinne eines Dienstleistungsbetriebes geschaffen werden, bei der "unternehmerisches Verhalten, Unternehmenskommunikation und äußeres Erscheinungsbild der Unternehmung in sich stimmig sind und sich mit dem unternehmerischen 'Sollkonzept' decken" (S. 27).

Im zweiten Kapitel des Buches befaßt sich Florian H. Fleck (Uni Fribourg) mit den Prinzipien der Programmwirtschaft und deren Auswirkungen auf den Rundfunk; Heinz Garber (SR) weist zu Recht auf die Notwendigkeit der Entwicklung eines integrativen Konzepts von Finanz- und Programmstrategie hin; für die Imagepflege müsse der öffentlich-rechtliche Rundfunk über eigene publizistische Mittel und Instrumente verfügen, um Programminformationen streuen zu können. Hermann Fünfgeld (SDR) entwickelt Grundlagen eines öffentlich-rechtlichen Rundfunkmarketings; mit Aspekten des Controlling befaßt sich Hans-Joachim Lehmann (SWF), der eine Operationalisierung von Programmqualität fordert, die über die Einschaltquotenlogik hinausgehe.

Diskussionen zur Theorie und zur Praxis werden knapp dokumentiert; eine Kurzfassung in englischer und deutscher Sprache, ebenso ein Literatur-, ein Namens- und ein Sachregister schließen den Band ab, der für die wissenschaftliche und praktisch-politische Diskussion der Organisation und Neustrukturierung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten neue Impulse geben kann zur Sicherung der finanziellen Ressourcen, zum Aufbau eines dynamischen Images (Corporate Identity) und schließlich zum Erhalt und Ausbau einer pointiert journalistisch akzentuierten Programmqualität.

Saarbrücken

Klaus Helf

## WAHLKAMPFSPRACHE

*Paul Hermann Gruner*: Die inszenierte Polarisierung. Die Wahlkampfsprache der Parteien in den Bundestagswahlkämpfen 1957 und 1987. 222 S., Lang, Frankfurt am Main/Bern/New York/Paris 1990.

Die in der von Hans-Gerd Schumann und Hansfried Keller herausgegebenen Reihe "Sozialwissenschaftliche Studien" veröffentlichte

Darmstädter Magisterarbeit reiht sich ein in die neuerdings erfreulicherweise langsam zunehmende Zahl politikwissenschaftlicher Publikationen zum Themenbereich "Sprache in der Politik". Hatten die Politologen dieses Thema lange Zeit überwiegend den Sprachwissenschaftlern überlassen (von Ausnahmen wie z. B. H. G. Schumann selbst abgesehen), so stellt sich nun die Frage, welchen eigenständigen Beitrag die Politikwissenschaft zu diesem Forschungsbereich leistet, und in welchem Verhältnis dieser Beitrag zu dem mittlerweile sehr fortgeschrittenen Erkenntnis- und Reflexionsstand der Sprachwissenschaft auf diesem Gebiet steht. (Jedenfalls drängt sich diese Frage dem Rezensenten als Sprachwissenschaftler auf.) Die vorliegende Studie ist in drei Teile gegliedert: Der erste Teil ist den methodologischen Vorüberlegungen gewidmet; der zweite Teil enthält eine empirische Analyse von Wahlkampfparolen der Bundestagswahlkämpfe 1957 und 1987; der dritte Teil vereinigt unterschiedlichste Betrachtungen zu verschiedensten Facetten politischen Sprachgebrauchs vor allem in der Parolensprache der Plakatwerbung. Zunächst zu den methodologischen Aspekten: Der Verf. geht davon aus, daß der in Analysen zur Politiksprache stets diagnostizierte "Streit um Worte" bzw. "Semantische Kampf" (ursprünglich wurde diese Metapher – in den 70er Jahren – von den semantisch kämpfenden Politikern selbst geprägt) bereits selbst ein entscheidender Teil der Politik ist und solche nicht etwa nur abbildet (S. 15). Die öffentliche Sache als zentraler Gegenstand der Politik wird, so Gruner, durch sprachliches Verhalten, durch Worte, Begriffe, Aussagen, Parolen usw., überhaupt erst hergestellt, aufbereitet und vorstrukturiert. Daraus leitet der Verf. die zentrale These seiner Studie ab, die er dann auch im zweiten, empirischen Teil belegt, daß die Wahlkampfsprache Medium und Ort der inszenierten Polarisierung ist, deren die Politik im parlamentarischen System der um Stimmenmajorität kämpfenden politischen Parteien notwendig bedarf. Die systeminhärente Polarisierung gerät jedoch, so eines der Fazits dieser Studie, angesichts des vor allem für die großen "Volksparteien" SPD und CDU unverzichtbaren "Kampfs um die Mitte", d. h. um dieselben Wählerschichten, zu einer bloßen "Inszenierung", da dem polaren Gestus vieler Wahlkampfparolen längst nicht immer auch ein echter Gegensatz zentraler politischer Positionen entspricht. Der politikwissenschaftliche

che Blick auf die Wahlkampfssprache kann, wenn er solche und andere Bedingungsfaktoren der politischen Kommunikation (etwa die Differenzierung nach unterschiedlichen Zielgruppen bzw. Wählerschichten) berücksichtigt, durchaus eigenständige Einsichten in das Wirken politischen Sprachgebrauchs erbringen. Dazu bietet die außerordentlich gedankenreiche Arbeit von Gruner eine Fülle von sprachgewaltigen (allerdings auch etwas formulierungsverliebten) Anregungen. Der Verf. arbeitet vorhandene Analysen und Ideen in großer Zahl in seine Ausführungen ein, wobei er sich nicht davor scheut, auch zu feuilletonistischen Texten zu greifen (etwa aus Zeitungen und politischen Magazinen).

Die sprachwissenschaftliche Analyse von Politiksprache hat in den letzten Jahrzehnten (mit einer in jüngster Zeit eher noch zunehmenden Tendenz) eine Vielzahl von Ergebnissen hervorgebracht, die vor allem hinsichtlich der methodologischen Reflexion und selbstkritischen Prüfung der eigenen Rolle des Analysierenden einen ohne Qualitätsverlust nicht mehr hintergehbaren Stand markieren. Diese linguistischen Ansätze werden auf Tagungen und in gemeinsamen Veröffentlichungen zunehmend mit den aufkommenden politikwissenschaftlichen Arbeits- und Denkansätzen vernetzt. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, daß der Verf. gerade die "Interdisziplinarität" zu einem der zentralen methodologischen Kriterien machen will. Diesem selbstgestellten Anspruch wird die Studie aber – jedenfalls was die sprachwissenschaftliche Seite angeht – leider nicht in dem vom Verf. wohl erhofften Maße gerecht. Dazu nur einige Anmerkungen: Trotz kritischer Bemerkungen zum hergebrachten Kommunikations- und Informationsbegriff, der der Funktion von Sprache in der Politik (v. a. der Parolenwerbung im Wahlkampf) nicht gerecht werden kann, und trotz zahlreicher Hinweise auf die verschiedenartigsten Funktionen, die insbesondere die Parolensprache hat, greift Verf. bei der semantischen Kennzeichnung des Wortmaterials in der Politik auf den Standard-Topos der "Bedeutungsleere" (Topitsch u. a.) zurück. Neuere linguistische Untersuchungen zeigen, daß dieser fatale Topos mehr verhüllt als erklärt hat, nicht zuletzt deswegen, weil er notwendig die falsche These voraussetzt, wonach gegenüber der "inhaltsleeren" bzw. "verhüllenden" Politiksprache die "Dinge wie sie wirklich sind" wieder in "präziser benennender Sprache" auszusagen sind. Der Verhül-

lungs-Topos setzt einen überholten Ideologie-Begriff voraus, wonach Ideologie immer nur die Ansicht der Anderen ist. Demgegenüber haben die Analysen und Diskussionen in der Sprachkritik-Diskussion der neueren Linguistik gezeigt, daß das Besondere an den "semantischen Kämpfen" gerade ist, daß jede Bedeutungsgebung (Wortverwendung), welche mit Geltungsanspruch vertreten wird (und dies ist im politischen Kommunikationskontext stets der Fall), nur eine unter vielen konkurrierenden ist, auch – und gerade – wenn sie sich als die eigentlich "benennende", "präzise", "ideologiefreie" darzustellen versucht. Eine intensivere Auseinandersetzung mit der neueren linguistischen Literatur zur Politiksprache (die der Verf. nur vereinzelt nur Kenntnis nimmt) und eine präzisere Anwendung der – häufig unsicheren und nicht dem Stand der Linguistik entsprechenden – sprachbezogenen Terminologie und Analysebegriffe (etwa der Termini "Miranda" und "Euphemismus") hätte, zusammen mit den in der Studie durchaus und in erfreulicher Fülle vorhandenen Einsichten, Analysen und Beobachtungen zur politischen, kommunikativen und werbetechnischen Funktion der Wahlkampf-Parolensprache, den Wert der Studie im interdisziplinären Kontext außerordentlich erhöht.

Der zweite Teil der Arbeit enthält eine Untersuchung von Wahlkampfparolen der CDU und der SPD aus den Bundestagswahlkämpfen 1957 und 1987. Der Verf. arbeitet dabei glaubwürdig die Kontinuität der Hauptparolen in diesen beiden so weit auseinanderliegenden, jedoch beide unter konservativer Hegemonie stattfindenden Wahlkämpfe heraus. Als Prototypen für die in beiden Wahljahren majoritäre politische Stimmung stellt er die Slogans "Keine Experimente – CDU" (1957) und "Weiter so, Deutschland – CDU" (1987) heraus. Auf der Grundlage eines umfangreichen Textkorpus von Plakatparolen werden die zentralen Begriffe und Aussagen der beiden konkurrierenden Volksparteien herausgearbeitet und gegenübergestellt. Bei der Oppositionspartei SPD diagnostiziert der Verf. dabei in beiden Wahlkämpfen ein "hinterherhinken" sowohl hinter der begrifflichen Hegemonie als auch hinter der werbetechnischen Raffinesse der CDU-Parolen. Die bei dieser Analyse aufgestellten starken Behauptungen über die Wirksamkeit einzelner Wortverwendungen und Parolen (63 u. ö.) bedürften allerdings noch der methodischen und empirischen Untermauerung; allein die ex-post-Nennung nu-

merischer Wahlergebnisse reicht als Beleg für die höhere Wirksamkeit von Sprachmaterial nicht aus, wenn eine semantische und rezeptionspsychologische Begründung fehlt. Die bei der Beurteilung der Wirksamkeit offenbar zugrundegelegten "Grundregeln erfolgreicher Werbepsychologie" (68), denen Verf. ja ansonsten durchaus kritisch gegenübersteht, bedürften der linguistisch/rezeptionspsychologischen Infragestellung; jedenfalls ist bisher noch an keiner Stelle empirisch valide nachgewiesen worden, daß Wahlergebnisse wirklich Wirkungen der verwendeten Wahlwerbung sind, wie Verf. anscheinend unterstellt. Der dritte Teil der Studie versucht, die politiksprachlichen Analogien zwischen beiden Wahlkämpfen unter zehn verschiedenen Aspekten zu vertiefen und in einen größeren politikwissenschaftlichen Diskussionszusammenhang über Wahlkämpfe zu stellen. Die zahlreichen, durch eine Fülle von Zitaten munitionierten Ausführungen dieses Teils der Arbeit können hier leider nicht im einzelnen referiert und diskutiert werden. Genannt seien nur: Die Selbststilisierung der FDP als "dritte Kraft" (114 ff.), Wahlkampf als Gradmesser politischer Kultur (119 ff.), "verführende" vs. "aufklärerisch-emanzipative" (127 ff.) bzw. rationale (138 ff.) Verwendung von Sprache in der Politik, geschlechts- oder adressatenspezifische Ansprache im Wahlkampf (152 ff.). Am Ende der Arbeit unternimmt der Verf. den äußerst anerkennenswerten Versuch, die andernorts von ihm selbst nicht immer vermiedene "Verhüllungs"these zum politischen Sprachgebrauch (s. o. die Kritik) zu relativieren. Er greift dabei auf das sprachwissenschaftliche Grundmodell der Arbitrarität des Zeichens zurück: Danach gibt es keine "natürliche" Beziehung zwischen Laut und Bedeutung und folglich auch nicht die Möglichkeit, eine "präzise", "unideologische" Sprechweise als Gegensatz einer "ideologischen", "vagen", "verschleiernenden" Bedeutungsgebung als sakrosankt zu erklären. Nach Gruners Kernthese werden Politiker "nicht nur nicht auf den Gebrauch von Euphemismen und Kakophemismen verzichten, nein, sie können in einem pluralistisch verfaßten politischen System und dem ihm immanent gedachten Zwang zur Opposition nicht darauf verzichten, da es sich um klassische sprachliche Mittel handelt, Gegensatz und Widerspruch in Beurteilung und Bewertung politischer Sachverhalte zuspitzend kenntlich zu machen" (144). Diese These korrespondiert den Er-

kenntnissen der neueren linguistischen Forschungen zur Politiksprache, wonach jede (implizit) mit Geltungsansprüchen vorgetragene Sprachverwendung und Bedeutungsgebung Teil semantischer Kämpfe ist; sie könnte einer der Ausgangspunkte für eine neue Bewertung der Funktion von Sprache im politischen Prozeß sein, die nur von Sprachwissenschaftlern, und Politologen (und Psychologen, Soziologen etc.) gemeinsam in interdisziplinären Anstrengungen erarbeitet werden kann. Gruners Studie stellt (trotz mancher v. a. aus linguistischer Sicht anzumerkender Ungereimtheiten und Mängel) einen wichtigen politikwissenschaftlichen Beitrag zum Thema "Sprache im Wahlkampf" dar, der eine Fülle von Anregungen gibt und der Beachtung und Diskussion zweifellos würdig ist.

Darmstadt

Dietrich Busse

## GESCHICHTE SÜDAFRIKAS

*Leonard Thompson: A History of South Africa.* 288 S., Yale University Press, New Haven/London 1990.

Genau gleichzeitig mit der deutschsprachigen Südafrika-Geschichte des Züricher Historikers Jörg Fisch erscheint das hier vorzustellende Werk des Emeritus der Yale University. Leonard Thompson hat sich schon 1966 (damals lehrte er an der University of California in Los Angeles) mit einer von James Coleman inspirierten Studie der politischen Apartheid-Praxis einen Namen gemacht, er gab zusammen mit Monica Wilson die zweibändige Oxford History of South Africa heraus, schrieb eine Biographie des Gründers von Lesotho und befaßte sich zuletzt 1985 mit der theoretischen Basis der Apartheid. Ohne in ein laudatorisches Extrem zu fallen, kann man sagen, daß es Thompson in dem vorliegenden Buch gelungen ist, eine Summe seiner Studien über das merkwürdige Land an jenem Kap zu ziehen, das sich auch in politischer Sicht als "Kap der Stürme" erwiesen hat (so nannte es sein erster portugiesischer Besucher) und erst in allerjüngster Zeit als ein Kap der Guten Hoffnung.

Dem Verfasser ist die so schwierige Synthese gelungen, in einem Zug Ereignis- und Sozialgeschichte zu schreiben. Der Erfolg dieses Unterfangens ist nicht zuletzt seinem ausgezeichneten Stil zu verdanken; das Buch liest sich spannend wie ein Kriminalroman (und

handelt ja auch oft genug von Verbrechen!). Es ist klar gegliedert, nämlich in sieben chronologisch aufeinander folgende Kapitel; innerhalb jedes Kapitels, für jede Zeitspanne geht Thompson getrennt den verschiedenen System-Elementen nach. Südafrikas Wirklichkeit entsprechend, sind das in der Regel die "weiße Politik", die "schwarze Politik" und die Entwicklung der untrennbar schwarz-weiß verzahnten Gesellschaft.

Er beginnt, wie es heute zum Glück für jede Geschichte Südafrikas selbstverständlich ist, mit einer Darstellung der Zustände vor dem Eintreffen der ersten Weißen 1652. Dieses Kapitel muß sich mangels schriftlicher Quellen auf archäologische und ethnologische Forschung stützen und ist in seinen vorsichtigen Aussagen ein Musterbeispiel dafür, wie deren Ergebnisse sich vom Historiker verarbeiten lassen. Auf sicherem Grund edierter Quellen und einer reichen geschichts- und politikwissenschaftlichen Sekundärliteratur steht Thompson in allen folgenden Kapiteln; sie behandeln die Kap-Kolonie bis 1870 (unter dem schlicht realistischen Titel "Die weißen Invasoren"), die Kriege der Schwarzen untereinander und gegen die Weißen 1770-1870, dann die Ära von "Diamanten, Gold und Britischem Imperialismus" 1870-1910, den Zeitraum bis 1948 unter dem das politische Stichwort aufgreifenden Titel "Zeit der Segregation", zuletzt die Ära der Apartheid bis zu dem etwas überraschend gewählten Stichjahr 1978 und "Apartheid in der Krise" 1978-1989. Die in den Anhang verbannten Fußnoten, dank eines fortlaufenden Kolumnentitels leichter auffindbar als bei vielen akademischen Büchern, halten den Leser in ständigem Kontakt mit der Literatur und ihren Kontroversen. Leider fehlt eine Zusammenfassung der dort genannten Titel in einem Literaturverzeichnis. Es gibt jedoch einige statistische Tabellen, die Thompson dem Buch von Merle Lipton, *Capitalism and Apartheid* (1986), entnommen hat, sowie einen kombinierten Sach- und Personenindex; ihn zum Nachschlagen zu benutzen, lohnt, denn der Text ist prall gefüllt mit Fakten, Daten und anderen Zahlen im Detail.

Die Grundhaltung Thompsons möchte ich als humanitäre Objektivität kennzeichnen. Er gibt sich alle Mühe, keine Schurken zu brandmarken und keine Helden zu beweihräuchern. Er spricht von Schwarzen und Weißen als grundsätzlich gleichartigen und deshalb gleichwertigen Menschen. Er nennt dabei Schurkenstreiche der Schwarzen (z. B. die

Verheerungen des Zulukönigs Shaka) ebenso beim Namen wie die der Weißen (etwa Sharpeville 1960: "... die Polizei eröffnete das Feuer, tötete 67 Africans und verwundete 186, wovon die meisten in den Rücken geschossen wurden." S. 210), und positive Leistungen erscheinen als solche, ob es nun die Gründung des Nationalstaates Lesotho durch Moshoeshoe I. im 19. Jahrhundert ist oder die Schließung der sozialen Kluft zwischen afrikaans- und englischsprachigen Weißen unter der Regierung der Nationalen Partei seit 1948. Aber weil Thompson realistisch darstellt, daß die Verweigerung der politisch-gesellschaftlichen Gleichberechtigung für Schwarze ein Grundstein "weißer Politik" fast seit ihren Anfängen ist, muß die Darstellung primär als Kritik an den bisherigen Machtstrukturen in Südafrika, muß der Autor als Parteigänger der "weißen Liberalen" erscheinen – in dem Sinne, wie der Begriff "liberal" in Südafrika seit langem gebraucht wird. Dabei macht Thompson deutlich, daß er weiß, wieviel Wunschenken in diesem humanitären Ansatz steckt; S. 152 zitiert er den britischen Premierminister des Jahres 1909, H. H. Asquith (Liberale Partei), mit seinem Kommentar zur Verabschiedung der südafrikanischen Unionsverfassung (sie unterließ es, das wenigstens prinzipiell "rasenblinde" Wahlrecht der Kap-Kolonie auf die Union auszudehnen) im Londoner Unterhaus: "Jede Kontrolle oder Einmischung von außen ... ist im allerschlimmsten Interesse der Eingeborenen selbst ... Ich sehe voraus, daß ... die Südafrikanische Union eine Eingeborenenpolitik zustande bringen wird, die ... aufgeklärt ist als jene, die bestimmte Gemeinwesen in der Vergangenheit getrieben haben." Der Rezensent darf hinzufügen (was der Verfasser mit keinem Wort andeutet!), daß diese Worte genau so von dem britischen Premier des Jahres 1990 stammen könnten.

An wichtigen Nahtstellen der südafrikanischen Geschichte geht Thompson mit knappen Sätzen auf den Kern aktueller wissenschaftlicher Kontroversen ein, so zur Frage der Ursachen für die Zulu-Expansion (S. 83) oder für den Burenkrieg von 1899 (S. 141). Bei der Masse der Ereignisse muß er sich mit Feststellung seiner eigenen, in aller Regel ausgewogenen Beurteilung des Tatbestandes begnügen, u. a. bei der Abhandlung der Verfassungen Südafrikas von 1909 und 1983, bei der politisch jetzt besonders brisanten Skizzierung der Inkatha-Bewegung Mangosuthu Buthelezis (S. 230), oder bei den zahlreichen biogra-